

Rangliste der Pressefreiheit 2014 Nahaufnahme: EU-Staaten und Balkan

Europäische Union: Grundrechte sind geschützt, aber bedroht

Der Europarat war grade ein knappes Jahr alt, als er 1950 das Recht auf freie Meinungsäußerung festschrieb. „Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.“ ([Art.10/ Europäische MRK](#))

In den folgenden 63 Jahren wurde dieses Bekenntnis häufig in Dokumenten aufgegriffen, die die Grundlagen der Europäischen Union festlegten. Die europäischen Gesetze verpflichten die Mitgliedsstaaten zum ausdrücklichen Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit. Es sind Garantien, die etwa in der 1953 in Kraft getretenen Europäischen Menschenrechts-Charta festgelegt sind. Auch die im Jahr 2000 proklamierte Charta der Grundrechte der Europäischen Union sichert die Freiheit zur Information und zum Informiert-werden zu.

1 Das internationale Ranking der Pressefreiheit legt nahe, dass diese Garantien Anwendung finden. Unter den 50 bestplatzierten Ländern sind 31 europäische.

Modelle für die Wahrung der Pressefreiheit finden sich in Nordeuropa: **Finnland**, **Norwegen** und die **Niederlande** führen die Rangliste seit Jahren an. Ihr Erfolg beruht auf soliden rechtlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen, die sich auf eine veritable Kultur der individuellen Freiheit stützen. Diese ist in den Gesellschaften deutlicher verankert als im Süden Europas. Die einzig positive Entwicklung dort gibt es in Italien, das endlich die Negativ-Spirale verlässt und ein ermutigendes Gesetz vorbereitet, das Rufschädigung durch die Medien entkriminalisiert.

Finnland führt das Ranking seit 2008 an. Paradoxerweise weist das Land zwei Probleme bei der Entwicklung der Informationsfreiheit auf: Unter bestimmten Umständen können für Rufschädigung Gefängnisstrafen verhängt werden. Außerdem sind alle nationalen Medien im Besitz von nur drei Haupteigentümern. Es ist jedoch extrem selten, dass Journalisten in Finnland für ihre Artikel zu Haftstrafen verurteilt werden, trotz der konzentrierten Eigner- und Finanzstruktur hat sich eine vielfältige Medienlandschaft entwickelt. Die gedruckten Medien leisten den digitalen erfolgreich Widerstand und die Presse ist durch einen Rat für Massenmedien selbstreguliert. Er ist eine unabhängige Körperschaft, die auf freiwilliger Mitgliedschaft der Medien und der Journalistenverbände basiert und sich größtenteils durch Beiträge der Mitglieder finanziert.

Trotz der guten Platzierung der Europäischen Union im weltweiten Vergleich der Pressefreiheit gibt es in einigen Mitgliedsstaaten aber auch bedauerliche Entwicklungen. Dies betrifft **Großbritannien** und **Frankreich** – zwei Länder, die traditionell die Medienfreiheit respektieren, 2013 aber beunruhigende Verläufe hatten.

Frankreich verliert leicht. Sein Verfassungsrat hat ein Gesetz gebilligt, das die Veröffentlichung des Vermögens einiger gewählter Delegierter unter Strafe stellt. Zudem gibt es nach wie vor kein Gesetz für einen effektiven Informantenschutz. Das Land wird um einen Platz herabgestuft. Der Tiefpunkt in Frankreich war ein Gerichtsbeschluss, der verlangte, dass die Bettencourt-Aufzeichnungen von den Internetseiten von *Mediapart* und *Le Point* gelöscht wurden. Diese Forderung war ein schwerwiegender Angriff auf die Pressefreiheit. Sie verstieß gegen das Recht der Öffentlichkeit, über eine Affäre von öffentlichem Interesse informiert zu werden, die hochrangige politisch Verantwortliche betraf.

In **Großbritannien** hat die Regierung Mitarbeiter zur Zeitung *The Guardian* geschickt. Sie sollten im Keller des Medienhauses die Zerstörung jener Festplatten überwachen, die weitreichende Informationen über die Praktiken des britischen Nachrichtendienstes GCHQ enthielten. Kurz darauf wurde David Miranda, der Partner von Glenn Greenwald - dem ehemaligen Star-Reporter und Ex-Blogger des *Guardian*, der mit Whistleblower Edward Snowden zusammengearbeitet hatte - neun Stunden am Flughafen Heathrow festgehalten. Die Behörden begründeten den Schritt mit Anti-Terror-Gesetzen. Diese Vermischung von Journalismus und Terrorismus ähnelt leider der weit verbreiteten Praxis autoritärer Regime. Vor diesem Hintergrund sollte die britische Gesellschaft angesichts einer königlichen Satzung alarmiert sein, die die weitere Regulierung der Presse zum Ziel hat. Sie wurde infolge der Telefon-Abhöraktionen der Zeitung *News of the World* ausgearbeitet. Ihre Auswirkung auf die Informationsfreiheit im Großbritannien wird im nächsten Ranking bewertet werden.

2

Die Pressfreiheit in der Europäischen Union ist von grundlegenden gesetzlichen Rahmenbedingungen geschützt. Sie wird im Großen und Ganzen zufriedenstellend ausgeübt. Aber auch in einigen anderen Ländern muss sie harte Prüfungen bestehen, auch in solchen, die sich selbst für den Respekts der individuellen Freiheiten rühmen.

BULGARIEN, Schlusslicht in der EU

Bulgarien nimmt den letzten Platz unter den EU-Staaten ein, ein trauriger Rekord am Ende eines schwierigen Jahres, das von fünf Monate dauernden Demonstrationen und politischen Spannungen geprägt war. Während der Anti-Regierungs-Proteste wurden Reporter wiederholt Opfer von Polizeigewalt.

Die Situation ist vor allem für unabhängige Journalisten angespannt, in erster Linie für investigative Reporter - deren Autos wurden zum Teil angezündet. Auch der Wagen der Journalistin Genka Schikerowa, die für ihre kompromisslosen politischen Interviews berühmt ist, ging vor ihrer Wohnung in Sofia in Flammen auf. 2012 hatte man bereits das Auto der investigativen Journalistin Lidia Pavlova angezündet.

Europäische Länder, die im Ranking verlieren

In einigen europäischen Ländern wird die Informationsfreiheit hin und wieder missbraucht, in anderen aber geschieht dies offenkundig und in wiederholtem Maß. Dies ist der Fall in **Griechenland**, das innerhalb von fünf Jahren gleich um fünfzig Plätze nach hinten gerutscht ist – ein schwindelerregender Absturz für die älteste Demokratie der Welt.

Die Wirtschaftskrise von 2007 hat vor allem die griechischen Medien hart getroffen. Die wenigen reichen Reeder und Unternehmer, die die nationalen Medien finanzierten, haben in rentablere Wirtschaftszweige investiert. Zahlreiche Kündigungen folgten, viele Journalisten sind ohne Arbeit. Griechische Medien haben zudem einen schlechten Ruf, Resultat der jahrelangen Klientel-Politik. Reporter, die über die vielen Straßen-Proteste gegen die strengen Sparmaßnahmen der rasch wechselnden Regierungen berichteten, wurden nicht nur Opfer von Polizeigewalt. Sie wurden auch von Demonstranten angegriffen. Diese bezichtigten sie wiederholt der Zusammenarbeit mit der Regierung.

Die Sicherheits-Situation verschlechterte sich zudem durch den Aufstieg der Neonazi-Partei "Goldene Morgenröte", die rund 20 Sitze im dem griechischen Parlament erobert hat. Dafür werden vor allem Euroskepsis und wachsende Ausländerfeindlichkeit verantwortlich gemacht, Ausländer werden bezichtigt, „Griechenland auszurauben“. Die Parteiführer und ihre Anhänger fordern Journalisten offen heraus. Im ganzen Land gibt es systematische Übergriffe, Todesdrohungen gegenüber Medienschaffenden häufen sich.

3

Im Juni 2013 ereignete sich in Griechenland eine wichtige Wende in der Mediengeschichte. Im Zuge von Sparmaßnahmen traf die konservative Regierung von Antonis Samaras eine in der EU bislang beispiellose Entscheidung: Angesichts des Drucks der Troika (Europäische Kommission, Zentralbank und IWF), das Defizit weiter zu senken, schloss Samaras den staatlichen Rundfunk ERT, der aus vier Fernsehsendern und fünf Radioprogrammen bestand. Schon wenige Stunden später wurden die Bildschirme schwarz und zeigten „*Kein Signal*“ an. Europa und die Welt waren fassungslos und entsetzt. Unter internationalem Druck kündigte die Regierung schließlich die Gründung eines neuen öffentlich-rechtlichen Senders, NERIT, an.

Im weltweiten Ranking von Reporter ohne Grenzen steht **Ungarn** Seite an Seite mit Griechenland. Seit Viktor Orbán 2010 zum Premierminister gewählt wurde, erlebt das Land einen Niedergang seiner bürgerlichen Freiheiten, vor allem im Bereich der Informationsfreiheit. Die Regierung Orbán hat 2011 ihre Zweidrittel-Mehrheit dafür genutzt, ein restriktives Mediengesetz durchzusetzen. Es beinhaltet Strafen für Autoren, deren Beiträge nicht die Kriterien von „ausgewogener Berichterstattung“ erfüllen - ein mit Absicht schwammiger Begriff. Hinzu kam die Gründung einer gefährlichen Medien-Regulierungsbehörde, die laut Satzung mit der konservativen Mehrheitspartei Fidesz verbunden ist. Dieser „Medienrat“ garantiert nur eins: Einmischung der Politik in Nachrichten und Informationen. Zwar gelang es der EU, die

ungarische Regierung dazu zu bringen, einige der Maßnahmen zurückzunehmen. Jene, die am stärksten einschränken, sind jedoch nach wie vor in Kraft.

In der Hatz auf unabhängige Informationen wurde das *Klubradio* zum Symbol für den Kampf um Informationsfreiheit. Obwohl der Sender seit Jahren besteht und hunderttausende Zuhörer hat, verweigerte der neue „Medienrat“ zunächst eine Lizenz-Erneuerung und vergab die Frequenz an eine unbekannte Radiostation. Erst nach massivem Protest der Bevölkerung und nach mehreren Gerichtsbeschlüssen erhielt das *Klubradio* im März 2013 schließlich eine langfristige Sendefrequenz.

Herausforderungen für das 28. EU Mitglied

Im Juli 2013 ist **Kroatien** 28. Mitglied der Europäischen Union geworden. Sechs Verhandlungsjahre mit der europäischen Kommission haben zu signifikanten Veränderungen geführt. Die Medienfreiheit und das Recht auf freien Zugang zu Informationen wurden in die Verfassung aufgenommen. Doch es bleibt noch viel zu tun.

Der amtierende Mitte-Links Premier Zoran Milanovic hat das Staatsradio und das Staatsfernsehen HRT reformiert, ein Schritt, der die Unabhängigkeit eingeschränkt hat. Der Vorsitzende von HRT, die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Verwaltung werden jetzt vom Parlament bestimmt. Dies ermöglicht der jeweils regierenden Partei Kontrolle über den Sender und seine Inhalte.

4

Der Balkan – Pulverfass für Journalisten

Seit 2005 möchte **Mazedonien** EU-Mitglied werden. Noch aber haben keine Aufnahmeverhandlungen begonnen. Wegen seines Namens befindet sich das Land seit seiner Gründung im Jahr 1991 im Konflikt mit seinem Nachbarn Griechenland. Der Zwist blockiert die Gespräche: Mit Blick auf einen gewünschten EU-Beitritt hat Mazedonien dennoch Reformen eingeleitet. Allerdings können diese die Verletzungen der Informationsfreiheit nur unzureichend verbergen.

Der Journalist Tomas Kezarovski wurde dafür zu einem Symbol: Weil er den Namen eines geschützten Zeugen in einem Mordprozess veröffentlicht hatte, wurde er im Oktober 2013 zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Erst auf internationalen Druck wurde die Gefängnisstrafe in Hausarrest umgewandelt. Ein anderer Mazedonier - Zoran Bozinovski - wurde in Serbien mit einem Haftbefehl von Interpol verhaftet - wegen Spionage. Der Journalist ist als „Julien Assange des Balkan“ bekannt und hat sich durch investigative Recherchen über Sashe Mijalko hervorgetan, den Chef des mazedonischen Geheimdienstes, einen Verwandten von Premierminister Nikola Gruevski.

In **Montenegro** bleibt die Sicherheit von Journalisten eine große Sorge. Das Land kann auf eine beachtliche Tradition investigativen Journalismus zurückblicken, der ausgeprägter ist als in einigen seiner Nachbarländer. Hauptquellen für unabhängige Berichterstattung sind die Tageszeitungen *Vijesti* und *Dan* und das Magazin *Monitor*, dessen Journalisten allerdings häufig Opfer von Drohungen und Angriffen werden. Einige dieser Übergriffe waren außerordentlich gefährlich. Im August 2013 explodierte eine Ladung TNT vor dem Haus von Tufik Softic, einem investigativen Reporter, der sowohl für *Vijesti* als auch für *Monitor* schreibt. Softic, an Drohungen und Gewalt bereits gewöhnt, wurde durch die Bombe zwar nicht verletzt. Sie hätte aber tödlich sein können, wenn sie nur ein paar Minuten früher explodiert wäre. Softic schreibt seit vielen Jahren über geheime Organisationen und über Drogenhandel. In seinen Artikeln greift er regelmäßig Regierungsverantwortliche an. Auf den Bombenanschlag reagierten die Behörden so gut wie nicht. Auch die 2004 verübte Ermordung des *Dan*-Redakteurs Dusko Jovanovic, der auf offener Straße erschossen wurde, ist bis heute nicht geklärt: Der Täter wurde nie gefunden und vor ein Gericht gestellt – die meisten Fälle bleiben unbestraft.

Unabhängige Journalisten werden jedoch nicht nur körperlich bedroht, sondern auch mit anderen Methoden zum Schweigen gebracht. Wie Mazedonien strebt auch Montenegro seit 2010 den EU-Beitritt an und seine Politiker wissen, wie man sich der Sprache der europäischen Institutionen bedient. Sie täuschen das Bild eines ehrgeizigen Demokratisierungsprozesses vor und orientieren sich dabei vor allem an einer internationale Gemeinschaft, der mehr an regionaler Stabilität als an tatsächlicher Stärkung der Freiheitsrechte gelegen ist. Die sozialdemokratische Partei unter der Führung von Milo Djukanovic, einem umstrittenen, ultrareichen Geschäftsmann, der ein ehemaliger Vertrauter von Slobodan Milosevic ist, ist seit fast 20 Jahren an der Macht. Sie führt wahre Hasskampagnen gegen unabhängige Journalisten. Regelmäßig werden sie als „Volksverräter“ oder „Faschisten“ diffamiert und sind Drohungen und obszönen Beleidigungen ausgesetzt. 2013, kurz nach Veröffentlichung eines Beitrags mit dem Titel „Tanz mit dem Diktator“ wurde die Redakteurin Milka Tadic-Mijovic das Opfer unflätiger sexistischer Schmutz-Parolen per SMS. Obwohl die Polizei die Nummer kannte, von der aus die SMSen verschickt wurden, wurde die Tat jedoch nicht verfolgt.

5

Eine neue Seite in Albanien Geschichte

In **Albanien** haben die Wahlen im Juni 2013 zu einem Regierungswechsel geführt. Aus dem überraschend problemlosen Urnengang ging die sozialistische Partei Albanien als Sieger hervor. Sie hat ehrgeizige Ziele für die albanischen Medien: Neue Gesetze sollen die Transparenz der Besitzverhältnisse bei den Medien fördern, die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Sender stärken und den Zugang der Medienvertreter zu Informationen von Staatsorganen erleichtern. Die Herausforderungen sind gewaltig und es bleibt abzuwarten, wann Albanien tatsächlich als EU-Beitrittskandidat akzeptiert wird.

Pressekontakt:

Silke Ballweg / Christoph Dreyer
Tel.: 030 60 98 95 33 55
E-Mail: presse@reporter-ohne-grenzen.de